

Erneute Einreiseverweigerungen

Die beiden namhaften DDR-Wissenschaftler Prof. Dr. Karl-Heinz Otto, Direktor des Instituts für Vor- und Frühgeschichte der Berliner Humboldt-Universität, und Prof. Dr. Günter Behm-Blancke, Direktor des Museums für Vor- und Frühgeschichte Thüringens in Weimar, konnten auf Grund der diskriminierenden Maßnahmen des NATO-Reiseministers in Westberlin nicht am 6. Internationalen Kongress für Vor- und Frühgeschichte, der vom 29. August bis 3. September in Rom stattfand, teilnehmen. Das italienische Konsulat in Westberlin hatte es mit Hinweis auf die Verweigerung eines verlängerten, vorläufigen Reisepasses durch das „Allied Travel Office“ abgelehnt, die Visa-Anträge der Wissenschaftler zu bearbeiten.

Wie die Akademie der Wissenschaften mitteilte, hat das sogenannte „Allied Travel Office“ auch Prof. Dr. Reicheneder, Direktor des Geodätischen Instituts der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, ohne Angabe von Gründen die Ausstellung eines „vorläufigen Reisepasses“ verweigert. Prof. Reicheneder wollte vom 10. bis 13. September in Paris an der Tagung der internationalen gravimetrischen Kommission teilnehmen, deren Mitglied er ist.

Westdeutsche Studenten für Streikrecht

„Mit Entrüstung haben wir die jüngsten Angriffe des Bundesinnenministers Hoyer auf das Recht des politischen Generalstreiks in Falle einer Bedrohung der Demokratie vor Kenntnis genommen“, heißt es in einer Entschliessung der gewerkschaftlichen Arbeitsgruppe an der Frankfurter Johann-Wolfgang-Goethe-Universität. Die Studentengruppe fordert alle gewerkschaftlich organisierten und interessierten Studenten der Bundesrepublik auf, bei jeder Gelegenheit gegen die Diffamierung, Einschränkung oder Aufhebung des politischen Streikrechts zu protestieren.

„Der Spiegel“: Westdeutschlands Medizin ist krank

Das Medizinstudium in Westdeutschland bedarf dringend einer Reform, da es den Anforderungen der Praxis nicht gerecht wird. Zu dieser Meinung gelangt das westdeutsche Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“. In einem Beitrag unter der Überschrift „(West-)Deutschlands Medizin ist krank“ stellt die Zeitschrift fest: „Die (westdeutschen) Universitäten antastet examinierte Mediziner, die oft nicht imstande sind, einfache ärztliche Verrichtungen zu bewältigen.“

Die westdeutschen Universitäten seien „versponnen in althergebrachten Wissenschaftsideen“ und vermitteln „den angehenden Ärzten eine Unsumme theoretischen Wissens, aber auch nicht annähernd das notwendige praktische Können“.

„Der Spiegel“ gibt die Meinung amerikanischer Wissenschaftler wieder, die schon vor einigen Jahren zu dem Schluss kamen, die der Praxis abgewandte westdeutsche Unterrichtsmethode sei „nicht mehr zeitgemäß, und zwar seit 30 bis 40 Jahren“. Hörsäle, Laborküchen und andere Ausbildungsstätten sind nicht in genügender Zahl vorhanden. „Der Spiegel“ berichtet, daß ein schwungvoller Handel mit Laborplätzen „bis zu 200 DM für einen medizinischen Arbeitsplatz in Hamburg unter der Hand“ betrieben wird. Die Zahl der Krankbetten in den Ausbildungsstätten (vorhanden 16 500, erforderlich 35 750) reicht für eine gründliche Schulung der Studenten ebensowenig aus wie die Zahl der Hochschullehrer. Nicht einmal genügend Leichen stehen – für den Anatomieunterricht – zur Verfügung. In den Kursen schließlich, in denen der angehende Arzt so elementares Rüstzeug wie das Abklopfen (Perkussion) und Abhorchen (Auskultieren) der Patienten oder den Umgang mit dem Kehlkopfapparat lernen soll, drängen sich zuweilen 100 Studenten, zehn oder zwanzig von ihnen stehen um ein Krankenbett herum; der Kursleiter ist nicht mehr in der Lage, das Wissen jedes einzelnen zu kontrollieren.“

Westberliner Künstler als Transportarbeiter

Westberliner Künstler, die nach dem 15. August 1961 ihre Verträge mit Bühnen in der Hauptstadt der DDR brachen, sind vom Arbeitsamt zum Teil als Transportarbeiter für Westberliner Obstgroßhandlungen vermittelt worden. Der „Tagesspiegel“ berichtet: „Manche Choristinger arbeiten als Mädchen für alles in der Musikhochschule oder stapeln auf dem Fruchthof Kohlköpfe. Damit sind sie für das Arbeitsamt zunächst untergebracht.“ Zur Zeit seien noch 120 Künstler in Westberlin unterzubringen. Die Zahl derer, die keine künstlerische Aufgabe in der Frontstadt erhalten haben, liegt jedoch weit höher, da viele Künstler wegen des erreichten Rentenalters nicht vermittelt werden.

Schulunterricht in einem Gebäude aus dem Mittelalter

Die Lehrer der Volksschule der niederbessischen Stadt Helmuthausen haben beschlossen, in den Streik zu treten, wenn die Gemeinde nicht in aller nächster Zeit ein neues Schulgebäude erbaut. Die Helmuthausener Volksschule ist in einem aus dem 11. Jahrhundert stammenden ehemaligen Klostergebäude untergebracht. In einem der Klassenräume sind bereits Risse im Deckengewölbe. Dieser Raum und das darüber liegende Zimmer mußten schon vor längerer Zeit wegen Einsturzgefahr gesperrt werden. Seit Jahren ist ein ordentlicher Schulbetrieb nicht möglich.

Universitätszeitung, Nr. 36, 6. 9. 1962, S. 5

Aus „Der Tag“, Westberlin

„Freie“ Universität leitete, seines Postens enthoben. Dies geschah, weil der Rektor mit der Entfaltung freier politischer Diskussion und einer studentischen Selbstverwaltung, so wie sie von Brennhövd gefördert und gefordert wurden, nicht einverstanden war, sondern den Standpunkt vertrat, daß geistiges Leben und Freizeitgestaltung von der Universitätsleitung reglementiert werden müsse, wie aus dem Bericht der Westberliner „Morgenpost“ vom 1. 4. zu entnehmen ist.

Helsinki-Fahrer gemäßregelt

Genauso wie den Hochschullehrern und Erziehern geht es den Studenten der „Freien“ Universität, wenn sie es wagen sollten, die Freiheit wörtlich zu nehmen und sich mit der freiheitsliebenden und friedlichen Jugend der Welt zum gemeinsamen Kampf gegen den Atomtod zu vereinen. Als die Kulturreferenten des Allgemeinen Studentenausschusses (ASTA) stud. phil. Annemarie Tröger, die der Antiatombewegung angehört, und der stellver-

tretende Konventspräsidentin und Mitglied des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) stud. jur. Martin Anderson zur Teilnahme an den Weltfestspielen der Jugend und Studenten nach Helsinki abreisten, wurden sie gemäßregelt und ihrer Ämter enthoben.

Es ist sonnenklar: Für fortschrittliche Hochschullehrer, Erzieher und Studenten ist an der „Freien“ Frontstadtuniversität kein Platz, kein Platz für Menschen, die sich für Frieden, Entspannung und Völkerverständigung einsetzen. Die „Freiheit“ dieser Universität gilt nur für reaktionäre Korporationsstudenten, für solche auf die Frontstadtpolitik eingeschworenen Studentenorganisationen wie den „Ring christlich-demokratischer Studenten“, den „Sozialdemokratischen Hochschulbund“, der von der rechten SPD-Führung als Gegengewicht gegen den SDS ins Leben gerufen wurde, sie gilt schließlich für solche reaktionär-organisierten Organisationen wie dem „Bund ostpreussischer Studierender“. Solche Organisationen werden von der Universitätsleitung zehrfach, aus ihren Reihen rekrutieren sich die Westberliner Spionage-, Agenten- und Terrororganisationen, wofür die jüngsten Prozesse vor den Gerichten der DDR reichliches Beweismaterial liefern. Für die Ausbildung der Rekruten für diese Banden wird die FU von Seiten der USA nicht schlecht dotiert. Von den vom amerikanischen Kongress auf Grund des Gesetzes von 1951 „über die gegenseitige Garantie der Sicherheit“ zur Anwerbung von Agenten und Spionen gegen das sozialistische Lager zur Verfügung gestellten 100 Millionen Dollar wurden der FU laut Mitteilung von „Die neue Zeitung“ vom 12. 3. 1953 als Abschlagszahlung 1,5 Millionen D-Mark als „Beihilfe für die wissenschaftliche Forschung“ überlassen.

Osteuropainstitut und Otto-Suhr-Institut genießen volle Freiheit. Von diesen Mitteln profitieren besonders zwei Institute, deren Aufgabenstellungen am meisten dem Zweck dieser „Stiftung“ entsprechen, das Osteuropainstitut und das Otto-Suhr-Institut. Die Aufgaben des 1951 gegründeten „Osteuropainstituts“ wurden von dem früher in Breslau wirkenden Geographen, dem heutigen „Ostforscher“ Prof. Dr. Herbert Schlienger im Jahre 1952 treffend formuliert: „Der Schicksalsraum des deutschen Volkes“ – damit meinte er die Hauptaggressionsrichtung des deutschen

Imperialismus – „bleibt Ostmitteleuropa“, das heißt also die Länder der heutigen volkdemokratischen Staaten Europas. „Das Sehnen nach Einheit des deutschen Volkes und nach Konsolidierung Mitteleuropas“ – Hitler nannte das bekanntlich die „Neuordnung Europas“ – „drängt in einer Weise nach Verwirklichung, daß ein Politiker, welcher Richtung er auch angehören möge, sich ihrer Vorbereitung nicht länger wird entziehen können. Die Sorge der Wissenschaft aber bleibt dabei, ob im Augenblick des Ablaufs solcher politischer Zwangsläufigkeiten, wie der Ostfrage, das Hervorbringen von Sachverständigen (Hervorhebung von mir, F.-H. G.) besteht, um die verantwortlich Handelnden aus echter Sachkenntnis beraten zu können.“ (Zitiert nach „Die Ostforschung“ – ein Stoßtrupp des deutschen Imperialismus“, in Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 1958/6, S. 1199 f.) Diese künftigen „Sachverständigen“ und „Ostexperten“ werden im Osteuropa-Institut der FU in slawischen Sprachen und Literaturen, in osteuropäischer Geschichte und Landeskunde, in osteuropäischer Volks- und Betriebswirtschaft, im osteuropäischen

Recht und in osteuropäischer Kunstgeschichte ausgebildet. Die Bonner und Westberliner Ultras können ihre „Ostschverständigen“ nicht genug und schnell genug erhalten. Die an dem Institut studierenden Studenten reichen ihnen nicht aus, deshalb lassen sie Absolventen, die soeben ihr Examen abgeschlossen haben, für ein Stipendium von 200 D-Mark am Osteuropa-Institut weiter ausbilden.

In welchem Geist diese „Sachverständigen“ unterrichtet werden, lassen die vom 9. bis 11. Januar 1961 an der FU durchgeführten und vom Institut organisierten Hochschultage deutlich werden, die unter der gemeinsamen Leitung „Marxismus und Gegenwart“ standen und auf der 15 Reden, Koryphäen des Antikommunismus wie die Professoren Flechtheim, Liebert, Wester, Philipp, Meder, Bohinski, Brandt und Reding ihre Zuhörer mit ihren Thesen eindruckten, ohne ihnen Gelegenheit zu einer Diskussion zu geben.

Das nach Brandts verstorbenem Vorgänger benannte Otto-Suhr-Institut ist die Nachfolgerin der Deutschen Hochschule für Politik, die bereits in der Weimarer Republik in Betrieb war und damals unter Leitung des schon aus dem ersten Weltkrieg bekannten Propagandisten der deutschen imperialistischen Expansion nach dem Nahen Osten, Prof. Dr. Ernst Jäckel, stand. Damals wurde unter pseudoliberalen Parolen und unter dem Deckmantel eines vereinigten Mitteleuropas der hitlerischen Po-

litik der „Neuordnung Europas“ der Boden bereitet. Heute ist dieselbe Hochschule als Vertreterin „abendländischen“ Geistes eine Pflanzstätte des Antikommunismus und der ideologischen Kriegsvorbereitung, wofür allein schon der Titel einer Publikation „Weltrevolution durch Koexistenz“, die aus Anlaß der Eröffnung des neuen Hauses des Instituts als „Ehrengabe“ überreicht wurde, genügend aussagt. Als weiterer Beweis hierfür mag die Tatsache gelten, daß bei der feierlichen Einweihung des Hauses Frau Eleonor Dulles, die Witwe des als Einpeitscher des kalten Krieges in die Geschichte eingegangenen ehemaligen USA-Außenministers, Pate stand, der, wie die „Neue Zürcher Zeitung“ vom 25. 7. 1962 berichtet, „die Finanzierung des neuen Gebäudes zu danken ist.“

Es ist verständlich, daß in einem solchen Hause für den Frieden dienende wollende Gelehrte wie den Prof. Dr. v. Bissing, kein Raum mehr ist. In dieser Situation, in der Brandt und Konsorten in ihrer ohnmächtigen Wut über unseren antifaschistischen Schutzwall Westberlin zum Ausgangspunkt eines dritten Weltkrieges machen wollen, soll die „Freie“ Universität frei von Antifaschisten sein,

„Die Sache ist für mich erledigt“, sagt Seine Magnificenz, der Rektor der Freien Universität. „Ich wurde vom Stiftungsrat beauftragt, mich nach einem neuen akademischen Direktor für das Studentendorf am Schlachtensee umzusehen.“ Heute scheidet der Norweger Olav Brennhövd aus seinem Amt und damit geht ein Streit zu Ende, der seit Monaten von den Studenten heftig diskutiert worden ist. Brennhövd hatte gekündigt, weil er und die Freie Universität sich darüber nicht einigen konnten, wie ein Studentendorf zu leiten sei.

So wollte der Norweger erreichen, daß in allen Dingen, sei es nun zum Beispiel bei der Bildung von Laienspielgruppen oder bei der Gründung politischer Diskussionsgruppen, die Initiative von den Studenten selbst ausgeht. Die Universität aber vertritt den Standpunkt, geistiges Leben und Freizeitgestaltung müßten von ihr gefördert und beeinflusst werden. Ferner wollte die Universität Brennhövd wissenschaftliche Assistenten zur Seite stellen. Brennhövd aber wollte sich seine Assistenten selbst aussuchen, und zwar solche, die in kürzester Zeit den besten menschlichen Kontakt zu den Studenten finden würden.

Aus „Berliner Morgenpost“, Westberlin

Die Mehrheit der nationalen Verbände erkannte auf dem ISB-Kongress die Notwendigkeit der Teilnahme der Studenten am Kampf gegen Kolonialismus und Imperialismus. Sie befürwortete, daß der ISB stets für gemeinsame Aktionen eintritt und die vorhandene Zersplitterung der Studentenbewegung beseitigen müsse. Der Wille zur Überwindung der Spaltung unter den Studenten kam auch in den hundert Fragen zum Ausdruck, die die Teilnehmer an den Vertretern der imperialistisch gelenkten Studentenorganisation ISC-COSEC richteten, der als Beobachter am Kongress teilnahm. So fragte der Sprecher Guatemalas: „Zu welchen Bedingungen erhalten Sie Geld von verschiedenen Organisationen der USA? Aus den Erfahrungen vieler lateinamerikanischer Regierungen wissen wir: Wer zahlt, kommandiert.“ Der Delegierte Portugals charakterisierte den ISC als „geisteslose Organisation, die die Interessen der nationalen Studentenverbände ignoriert.“

Stand der Aufruf zum Friedenskampf im Mittelpunkt des ISB-Kongresses, und folgerichtig die deutsche Frage von allen Teilnehmern sehr starke Beachtung. Die Ansprache von Egon Krenz, der Leiter der FDJ-Delegation und Sekretär des Zentralrats der FDJ, wurde dabei zu einem Höhepunkt. Die Studenten der Welt haben große Chancen, zusammen mit der Welt-

erreicht“ hatte Bissing – wie der Verband der Heimkehrer öffentlich erklärte – als Kriegsgefangener begeistert ausgerufen, als im Lager die Erfolge der sowjetischen Streitkräfte bekannt wurden.

Wie uns das Otto-Suhr-Institut auf Anfrage mitteilte, hatte von Bissing bereits im vergangenen Winter Gastvorträge an der Freien Universität gehalten. Man habe von seiner Vergangenheit nichts gewußt, als man davon erfuhr, habe man sich von ihm getrennt.

Der Fall ist also abgeschlossen. Es bleibt die Hoffnung, daß sich die FU in Zukunft besser über das Vorleben der an ihr Lehrenden informiert, bevor sie sie beruft oder ihnen Lehraufträge erteilt.

„Freie“ Universität wird frei von Antifaschisten

Von Prof. Dr. Felix-Heinrich G entzen

- Hitlerkriegsgegner Prof. v. Bissing für FU untragbar
● Norwegischer Widerstandskämpfer für FU untragbar
● „Sachverständige“ für Ostexpansion sind genehm

Opfer fiel. Diese „Kameraden“ hintertrieben seine Anstellung als Professor an der Marburger Universität, und als er am 22. Juni dieses Jahres auf Einladung der „Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde“, einer zentralen Organisation der reaktionären „Ostforschung“, in Hamburg einen Vortrag über Probleme der sowjetischen Verkehrspolitik hielt, der auf Grund seiner objektiven Berichterstattung offensichtlich den Erwartungen seiner antikomunistischen Auftraggeber und Zuhörer nicht entsprach, inszenierte diese Meute nach dem bekannten Marburger Beispiel einen Krawall, beschimpfte den Referenten wegen seiner antifaschistischen Vergangenheit, bis dieser wortlos den Saal verließ.

Als Pastor Brennhövd das Wort Freiheit wörtlich nahm...

Der Fall des Prof. v. Bissing ist nicht das einzige Beispiel, daß die von der „Freien“ Universität schon durch ihren Namen proklamierte Freiheit für Antifaschisten nicht gültig ist. Am 1. April dieses Jahres wurde der norwegische Pastor Olav Brennhövd, der als aktiver Kämpfer der norwegischen Widerstandsbewegung 1942 von den SS- und Polizeigericht Oslo zum Tode verurteilt und dann zu acht Jahren Zuchthaus „begnadigt“ worden war, der seit 1960 das sogenannte „Studentendorf“ der

Studenten aus 90 Ländern berieten

Vom 7. Kongress des Internationalen Studentenbundes

Schulen“, sagte der Delegierte des nationalen Studentenbundes Kameruna, „die Neokolonialisten wollen das Land in ein Ghetto verwandeln.“ Und die Vertreterin des Studentenbundes für die Befreiung Südvietnams stellte in einer flammenden Anklage fest: „Die Imperialisten haben Südvietnam in eine Kolonie neuen Typs, in einen Militärstützpunkt verwandelt.“

Die Mehrheit der nationalen Verbände erkannte auf dem ISB-Kongress die Notwendigkeit der Teilnahme der Studenten am Kampf gegen Kolonialismus und Imperialismus. Sie befürwortete, daß der ISB stets für gemeinsame Aktionen eintritt und die vorhandene Zersplitterung der Studentenbewegung beseitigen müsse. Der Wille zur Überwindung der Spaltung unter den Studenten kam auch in den hundert Fragen zum Ausdruck, die die Teilnehmer an den Vertretern der imperialistisch gelenkten Studentenorganisation ISC-COSEC richteten, der als Beobachter am Kongress teilnahm. So fragte der Sprecher Guatemalas: „Zu welchen Bedingungen erhalten Sie Geld von verschiedenen Organisationen der USA? Aus den Erfahrungen vieler lateinamerikanischer Regierungen wissen wir: Wer zahlt, kommandiert.“ Der Delegierte Portugals charakterisierte den ISC als „geisteslose Organisation, die die Interessen der nationalen Studentenverbände ignoriert.“

Stand der Aufruf zum Friedenskampf im Mittelpunkt des ISB-Kongresses, und folgerichtig die deutsche Frage von allen Teilnehmern sehr starke Beachtung. Die Ansprache von Egon Krenz, der Leiter der FDJ-Delegation und Sekretär des Zentralrats der FDJ, wurde dabei zu einem Höhepunkt. Die Studenten der Welt haben große Chancen, zusammen mit der Welt-

friedensbewegung den Frieden zum Triumph zu führen. Wir werden siegen, wenn wir alle Kräfte mobilisieren“, erklärte Egon Krenz. Er sprach allen nationalen Studentenverbänden den Dank für die Unterstützung aus, die sie den Studenten der DDR im Kampf für den Abschluß eines Friedensvertrages erweisen.

Studenten der Welt unterstützen unseren Kampf um den Friedensvertrag

Der Kongress erarbeitete einen Entschließungsentwurf zur friedlichen Lösung der Deutschlandfrage, der feststellt, daß der ISB und andere Studentenorganisationen auch weiterhin für den Abschluß eines deutschen Friedensvertrages und für die Umwandlung Westberlins in eine entmilitarisierte Freie Stadt eintreten werden. ISB-Präsident Pelikan betonte im Rechenschaftsbericht, daß der ISB die Anerkennung der Existenz beider deutscher Staaten und ihrer Grenzen unterstütze und für die Aufnahme der beiden deutschen Staaten in die UNO eintrete.

In dieser Einmütigkeit zu den lebenswichtigen Fragen, die die Mehrheit der Teilnehmer zum Ausdruck brachte, besteht wohl die größte Bedeutung des Kongresses, der wieder bewies, daß der ISB allen nationalen Studentenvereinigungen ohne Unterschied der politischen Ansichten auf verschiedenen Gebieten, der Tradition und Struktur offensteht. So trug der Kongress trotz dieser Unterschiede zu einer noch breiteren und stärkeren Einheit der Studenten in ihrem gemeinsamen Kampf für Frieden, nationale Unabhängigkeit, demokratische Rechte und Reformen des Bildungswesens bei.

Berlin (Eigenbericht) Ein für die Freie Universität Berlin und ihr Otto-Suhr-Institut höchst unangenehme Affäre hat jetzt ihren Abschluß gefunden: Der für das laufende Semester mit einem Lehrauftrag über „Wirtschaft und Gesellschaft in Ostasien“ betraute Professor Dr. Wilhelm Moritz Freiherr von Bissing mußte seine Tätigkeit am Otto-Suhr-Institut einstellen. Der Lehrauftrag wurde ihm entzogen, als in Berlin über von Bissing zögendes bekannt wurde.

Unter den deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion war er als „roter Oberst“ bekannt. Er hat in den Lagern der UdSSR kommunistische Propaganda betrieben, Kameraden denunziert und ihre Liquidierung als „Faschisten“ gefordert. „Sieg, Sieg! Unsere Rote Armee hat Ostpreußen

Kein Platz an FU für „Roten Oberst“ – Professor stolperte über seine Vergangenheit – Lehrtätigkeit eingestellt! Mit dieser Schlagzeile überraschte die „Bild-Zeitung“ am 16. Juli dieses Jahres die Studenten der Westberliner „Freien Universität“. Dieses Groschenblatt des „Zeitungskönigs“ Springer, des Schwiegersohns des Organisators der faschistischen Fünften Kolonnen (SS-Übergruppenführer Lorenz, Leiter der berühmtesten „Volksdeutschen Mittelstelle“), teilte voll Befriedigung mit, daß die Universitätsverwaltung unter das Beschäftigungsverhältnis des Prof. Dr. Fhr. von Bissing einen Schußstrich gezogen habe, weil er für die „Freie Universität“ untragbar sei. Und warum? Weil – auch das erfahren wir aus der „Bild-Zeitung“ – Prof. v. Bissing Antifaschist war und sich selbst als solchen bezeichnete und weil es Zeugen gäbe, die ihm diese Einstellung bestätigten. Und solch ein Mensch ist selbstverständlich für die FU untragbar, zumal bei einem solchen Thema wie „Wirtschaft und Gesellschaft in Ostasien“, über das er möglicherweise objektiv berichten könnte, ohne die erwünschte antikommunistische Stoffrichtung.

Er zog sich den Haß der Unverbesserlichen zu

Prof. Dr. Dr. Wilhelm Moritz Freiherr von Bissing war tatsächlich nie ein Freund des Nationalsozialismus gewesen. In Königsberg, wo er an der Universität als Professor für Nationalökonomie tätig war, mußte er 1935 auf Grund erheblicher Differenzen mit dem Nazi-Gauleiter Koch seinen Lehrstuhl aufgeben. In der Nazi-Wehrmacht, in der er als Stabsoffizier tätig war, mußte er ebenfalls seiner politischen Einstellung treu und riskierte in allzu offenen Gesprächen mit jüngeren Offizieren Kopf und Kragen. Als er 1944 als Oberst und Divisionsführer in sowjetische Kriegsgefangenschaft geriet, stellte er seine wissenschaftlichen Kenntnisse und Erfahrungen in den Dienst der antifaschistischen Aufklärungsarbeit unter den kriegsgefangenen Offizieren. So hielt er 1947 im Lager Oraniki Vorträge über die christlichen, bürgerlichen und marxistischen Auffassungen vom Staat. Bissing gehörte zu denjenigen Offizieren, die aus den letzten 50 Jahren der deutschen Geschichte richtige Lehren gezogen hatten, die das zutiefst antihumanitäre und antinationale Wesen des Faschismus erkannten, den Marxismus zu verstehen bemüht waren, und wenn sie sich nicht über ihre Klammern hinwegsetzen konnten und sich nicht zum Kommunismus bekannten, doch im Interesse der deutschen Nation bereit und willens waren, mit den Kommunisten loyal zusammenzuarbeiten.

Das war es aber, was ihm die unverbesserlichen Faschisten im Offizierslager tödlich übernahmen, die nach seiner Rückkehr aus der Gefangenschaft im Jahre 1954 eine heftige Verleumdungskampagne gegen ihn entfesselten, der er schließlich zum

Die Studenten verlangen Frieden und nationale Unabhängigkeit, die sie als die notwendigen Voraussetzungen für die Entwicklung von Wissenschaft und Kultur ansehen. In einem Aufruf an die Studenten der Welt forderten die Kongreßteilnehmer zum verstärkten Friedenskampf, zum Kampf für die allgemeine und vollständige Abrüstung und die friedliche Koexistenz der Völker auf und versicherten, im Ringen um die endgültige Liquidierung des Kolonialismus nicht nachzulassen. Asiatische und afrikanische Studentenvertreter riefen leidenschaftlichen Protest gegen Imperialismus und Neokolonialismus. In Kamerun gibt es mehr Gefängnisse als

Studenteneinheit im Kampf gegen Imperialismus und Neokolonialismus

Die Studenten verlangen Frieden und nationale Unabhängigkeit, die sie als die notwendigen Voraussetzungen für die Entwicklung von Wissenschaft und Kultur ansehen. In einem Aufruf an die Studenten der Welt forderten die Kongreßteilnehmer zum verstärkten Friedenskampf, zum Kampf für die allgemeine und vollständige Abrüstung und die friedliche Koexistenz der Völker auf und versicherten, im Ringen um die endgültige Liquidierung des Kolonialismus nicht nachzulassen. Asiatische und afrikanische Studentenvertreter riefen leidenschaftlichen Protest gegen Imperialismus und Neokolonialismus. In Kamerun gibt es mehr Gefängnisse als